

# Die Arbeiter-Zeitung

Das „Arbeiterblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, Wahlen, Beilagen, „Kinderfreund“ sowie „Wolk u. Zeit“. Unentgeltlich eingehenden Anzeigen in stets das Rückporto beizufügen. Das „Arbeiterblatt“ ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hans 42/44, Postfach 2, Treppen, Fernsprechnr. 24 605. Vertriebs- u. Anzeigenverwaltung mittags von 12 bis 1 Uhr.

**Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg**

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Arbeiter 1,80 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt ob. v. Postboten ausgehelt 2,40 Mk., bei direkter Einzahlung an den Betrag 2,50 Mk. Anzeigenpreis 12 Pf. im Anzeigen- und 60 Pf. im Reklameteil d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 42/44, Fernruf 24 605. — Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27. — Postfachkonto 20319 Erfurt

## Wahlvorbereitung der französischen Sozialisten. Eigene Listen beim ersten Wahlgang. / Für Stichwahlabkommen mit Radikalsozialen und republikanischen Sozialisten.

### Kampf um den Senat.

Paris, 2. November. (Eig. Drahtbericht.) Der Nationalrat der sozialistischen Partei, der am Sonntag und Montag in Paris tagte, um im Rahmen der von dem letzten Parteitag gefällten prinzipiellen Entscheidungen, die Politik von Partei und Fraktion für die nächsten Monate festzulegen, hat eine Reihe außerordentlich wichtiger Beschlüsse gefasst. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildete die Frage, welche Ziffer die Partei bei den bevorstehenden Wahlen zur Erneuerung des Senats einbringen soll. Der am Montag gefasste Beschluß ist die logische Konsequenz der Haltung der bürgerlichen Einflüsse, die durch ihr Kommando mit den Radikalen den Nationalen Wähler als Partei gefordert hat. Unter Ablehnung eines von der Minorität unter Führung Renaudis gestellten Antrags, der die Frage des Zusammengehens mit den Radikalsozialen in einzelnen Departements überließen wollte, hat der Nationalrat mit 2045 gegen 980 Stimmen eine von Drouot eingetragene und von Léon Blum nachdrücklich verteidigte Entscheidung angenommen, die sämtlichen Provinzialverbänden zur Pflicht macht, im ersten Wahlgang unter Verzicht auf alle Opportunistenabsichten eigene vollständige Listen aufzustellen und die volle Unabhängigkeit der Partei auch nach außen hin unabweisung zum Ausdruck zu bringen. Das soll selbst auf die Gefahr hin geschehen, daß dadurch in dem einen oder anderen Wahlkreis der Kandidat der ehemaligen Kartellparteien dem der ausgesprochenen Reaktion unterliegen sollte. Erst für die Stichwahl, d. h. für den zweiten und dritten Wahlgang, läßt der Parteivorstand die Möglichkeit offen, die sozialistische Liste mit denen der Radikalsozialen und der republikanischen Sozialisten zu verbinden, jedoch mit dem ausdrücklichen Verbot jeder Koalition mit benannten Politikern der bürgerlichen Einflüsse, die sich durch ein Zusammengehen mit dem Nationalen Wähler kompromittieren lassen.

Der Beschluß des Nationalrats legt weiter fest, daß auch in der Stichwahl eine Listenvermehrung nur mit solchen bürgerlichen Kandidaten in Frage kommen darf, die durch ihre Haltung in der Vergangenheit und Gegenwart den Beweis erbracht haben, daß sie unbedingte Anhänger des Sozialismus sind. Die sozialistische Arbeiterschaft und die ausserparlamentarischen Gegner der kapitalistischen Ausbeutung, des Merkantilismus und des Imperialismus sind und die auf ausserparlamentarischen Gebiete die Methode des Kampfes, des Streikes und der Gewalt vorzuziehen ablehnen. Nur so, heißt es in der Resolution, kann die reaktionäre Mehrheit des Senats, die für das Scheitern der im Jahre 1924 eingeleiteten demokratischen Politik die Verantwortung trägt, gebrochen werden.

Von den übrigen Entscheidungen des Nationalrats ist mit besonderer Genauigkeit der Beschluß zu berücksichtigen, welches in dem Sinne des neuen Gesetzes über die Wahlverfahren der Reichsversammlung gegen den sozialistischen Partei auf dem Nationalen Kongress in Vorbezug gemachten Vorwurf, daß die Sozialisten aus reinen Machtinteressen heraus 1924 das Kartell abgeschlossen hätten. Die Sozialisten hätten im Gegenteil alle Vorteile gehabt, wenn sie allein den Wahlkampf geführt hätten. Sie hätten ferner mehr Mandate davongetragen. Auch den Vorwurf, die Sozialisten hätten durch Ablehnung des Eintritts in die Regierung das Kartell im Parlament gescheitert, widerpreche völlig den Tatsachen. Die Sozialisten hätten stets die Interventionen des Reichstages unterstützt und mehr das Kabinett Gerriot nach dem Kabinett Painlevé seien mit Hilfe sozialistischer Stimmen geführt worden. Dagegen hätten die Radikalen und speziell ihre Führer Gerriot

durch Eintritt in die Regierung Painlevé dem Kabinett endgültig ein Ende gemacht und jedenfalls das Verhältnis zwischen den Sozialisten völlig verändert.

Blum ging dann auf die Haltung ein, die die Sozialistische Partei gegenüber der Regierung Painlevé einzunehmen habe und streifte dann in kurzen Worten die finanzielle Politik des Kabinetts. Painlevé habe ohne Zweifel in seiner Währungs- und Finanzpolitik Erfolge davongetragen, aber mit der Frankenhilfe angefangen und durch eine allgütige Krise in Frankreich habe das Maß der Verschwendung einer Wirtschaftskrise entgegen, die durch die fortschreitende Devalorisation des Franken noch verschärft werden wird. — Die Rede Blums wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Am antwortete in einer längeren Rede Renaudis und verteilte den Standpunkt der Minorität, indem er bei den kommenden Senatswahlen Wahlkampfzeit für die einzelnen sozialistischen Föderationen verlangte. Er verteilte die Ansicht, daß jedenfalls ein Wahlbündnis mit den Radikalen einem solchen mit den Kommunisten vorzuziehen sei. Der Kongress ging dann zur Diskussion des Falles Paul Boncour über. Er wird wahrscheinlich im Laufe des Montag abend abgeschlossen werden.

## Boncour Völkerverbund-Mandat bestätigt.

Mit 245 gegen 104 Stimmen.

Paris, 2. November. (Radiotelegramm.)

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei, der am Montag in seiner Arbeit zu Ende gegangen ist, hat mit 245 gegen 104 Stimmen das Mandat Paul Boncour als Delegierter Frankreichs zum Völkerverbund bestätigt. Der Abstimmung ging eine lange Debatte voraus, in deren Verlauf Paul Boncour eine Rede über Zweck und Ziele des Völkerverbundes und die Notwendigkeit der Annäherung eines Vertreter des französischen Sozialismus in Genf hielt. Er ging davon aus, daß die Kräfte der Reichshaltung seines Mandates in Genf zuerst von dem Delegierten des Sozialismus der Sozialistischen Internationale, dem Sozialisten Albert, angeworben worden sei. Die Verhandlungen Albers seien aber verfrüht gewesen, denn alle sozialistischen Delegierten in Genf hätten sich ganz nach und nach gegen Boncour, Auffassung über die Frage der Entwaffnung angeschlossen. Die Internationale habe sich nunmehr der Beibehaltung der Sozialisten im Völkerverbund ausgesprochen. Die Zurückziehung des Völkerverbundes des französischen Sozialismus in dem Augenblick, wo die deutschen Sozialisten und die Sozialisten anderer Länder in Genf weiterzögen, würde bedeuten, daß Frankreich bereit ist, eine Politik zu treiben, die mit den Interessen aller anderen Nationen in Widerspruch steht.

Der Völkerverbund, fuhr Paul Boncour fort, schmähe nie alles Menschentum. Anfangs sei es eine große Idee gewesen, doch nach der Unterzeichnung des Verfaller Vertrages nur noch der Ausdruck der Siegerhaß. Für können deshalb nicht in dem Augenblick, wo er durch den Eintritt Deutschlands aufhöre, dies zu sein, zurücktreten.

Die Auffassung Paul Boncour wurde von zahlreichen Rednern nach ihm bekräftigt. Es wurde dann eine Resolution eingebracht, die in der folgenden Fassung lautet: „Der Nationalrat der Sozialisten und die französischen Wähler vom 11. Mai verlangen, zum Ausdruck genommen zu sein, und daß es daher unzulässig wäre, den Mandat Paul Boncour als Delegierter zu fordern. Sodann wurde Paul Boncour angeworben, die Partei über die Arbeiten des Genfer Völkerverbundes auf dem laufenden zu halten und sie von den Schwierigkeiten zu unterstützen, die event. seinem Mandat in Genf entgegenzutreten könnten.“

Es ist bezeichnend, daß sich die sozialistischen Behörden dieser Ordnung selbst nicht sicher sind und infolgedessen die Gebäude des „Kommunisten Mandat“ sowie einige Postämter durch kurze Militärgruppen geschützt haben. Militärisch werden die Behörden zwar zur Ruhe auf — aber sie betonen gleichzeitig: „Die Erregung ist groß.“

Paris, 2. November. (Radiotelegramm.)

Das Gebäude des „Kommunisten Mandat“ in Mailand wurde im Verlauf der Kundgebungen aus Anlaß des Attentats gegen Mussolini gestürmt. Die Maschinen und das Mobiliar sind fast vollständig zerstört.

Am 21. November Völkerverbund-Konferenz. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei hat als Termin für die von ihm angeregte Völkerverbund-Konferenz den in Frage kommenden Organisationen den 21. November in Vorschlag gebracht. Die Tagung findet in Luzern statt.

Der Nachfolger des Genossen Dismann im Reichstages ist Genosse Landesrat Otto Wittig aus Wiesbaden.

## Notwendigkeiten.

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt: Der Reichstag tritt nach längerer Pause am 8. November wieder zusammen. Die Ministerregierung Marx wird aller Voraussicht nach auch in dieser Tagung des Reichstages die Geschäfte des Reiches weiterführen. Die Diskussionen über eine Umbildung der Regierung sind inzwischen ruhiger und milderer geworden, je näher der Zeitpunkt des Wiedereintritts des Reichstages heranrückt: Die Stellung der großen Parteien zur Regierungsfrage ist im übrigen durch parteiinterne Kräfte gebunden fest umrissen. Der heutzutage nationale Reichstagsführer Graf Helldorf hat den Willen seiner Partei, in die Regierung zu kommen, mehrfach ungenügend zum Ausdruck gebracht. Für das Zentrum hat Reichstagsminister Dr. Marx auf der Erörterung Tagung seine Stellung zur Koalitionsfrage darzulegen. Sie läuft praktisch darauf hinaus, daß die bisherige Ministerregierung genehmigt ist, in der bisherigen Zusammenfassung weiterzuarbeiten und im übrigen die Dinge an sich heranzuführen zu lassen. Für die Sozialdemokratie hat Genosse Hermann Müller in einer Rede in Breslau die Notwendigkeit der Verbindung des deutschen nationalen Reichstags eintritts betont, die aber keineswegs mit Koalitionsnotwendigkeit in jedem Reich gleichzusetzen sei.

Wie die Dinge liegen, wird es von der Bekämpfung der sachlichen politischen Fragen im Reichstages abhängen, ob die Frage der Regierungsbildung in der kommenden Tagung des Reichstages auf werden wird. Die Beschäftigung liegen im Reich klar. Sie sind nicht so beantwortet wie in Sachfragen der Regierungsbildung, wie sie in Sachfragen nach der letzten Wahl bestehen, gibt es im Reich nicht. Die Koalitionsverträge in Sachfragen ohne Einfluß auf die Reichspolitik sein. Wenn überhaupt aus den sachlichen Wahlen für das Reich eine Lehre gezogen werden muß, dann die, daß die Fragen der sachlichen Politik auch bei den Entscheidungen über Koalitionen und Regierungsbildungen in der Vorbereitung zu treten haben. Die sachliche politische Arbeit ist in der ersten Zeit der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit notwendiger denn jemals. Wozin es führt, wenn in Krisenzeiten wie 1923 statt sachlicher Politik unter Verhinderung der Lebensinteressen des Volkes eine Politik reaktionärer Experimente und extremer Militationspolitik getrieben wird, das zeigt die unpolitische Radikalität der sachlichen Wähler bei der letzten Landtagswahl.

Dieses Wahlergebnis muß für den kommenden Tagungs-Abtritt des Reichstages, für die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien eine Mahnung sein, daß klare Entscheidungen über wichtige Interessen der arbeitenden Massen getroffen werden müssen. Auf sozialpolitischen Gebieten sind große Aufgaben zu bewältigen. Die Erwerbslosenshilfe muß ausgebaut und der Massenarbeitslosigkeit angepaßt werden. Die Arbeitslosenversicherung muß entsprechend verbessert werden. Vor allem gilt es, das Arbeitslosengegeld noch weiter auszubauen, durch ein Gesetz den Achtundzigtage gesetzlich festzusetzen.

Der soziale Gesichtspunkt muß auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik herausgearbeitet werden. Die Verschärfung des einschlägigen Vollzugsrechtes und eine eventuelle Verhängung des neuen Vollzugsrechts sind nicht zu Experimenten gegen die Interessen der Arbeiterschaft mißbraucht werden. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik hört man, daß Finanzminister Dr. Reichhold gewissen Interessenplanen, die auf neue Belastung der Arbeiterschaft abzielen, nicht abgeneigt sein soll. Wenn die Regierung Marx auf diesen Bahnen wandeln will, dann wird allerdings dieser Tagungsabtritt des Reichstages nicht ohne Notwendigkeit zur Aufstellung der Regierungsfrage vorübergehen.

Sie sind Gebiete, auf denen im Interesse des Volkes und namentlich der wertvollen Massen sachliche Politik unter sozialem Gesichtspunkte getrieben werden muß. Eine unbedingte demokratische Politik, die das Bestehen des demokratischen Reiches in der Reichsversammlung nicht nur auf formalem Gebiete, sondern auch in sachlicher sozialer Gestaltung beruht, darf an diesen Aufgaben nicht vorbeigehen.

Über die vordienst erwähnte Rede des Parteivorstehenden Genossen Müller auf der mittelfränkischen Bezirkskonferenz wird aus Breslau berichtet:

Genosse Müller legte sich in seiner Rede zunächst mit dem deutschen nationalen Abgeordneten Ergat und seiner Rede in Beziehung auseinander, in der die Regierungsbildung der deutschen nationalen besonders deutlich zum Ausdruck gekommen war. Müller legte dar, daß die Lösung von Sozialen mit der Zustimmung zu Sachfragen, wie Gerat sie predigt, unvereinbar wäre. Gerat zu nehmen seien die Wünsche Gerats nach innerparteilicher Machtverteilung der Deutschen, insbesondere sein Eintreten für die Wirtschaftskrise, sowie seine Auffassung über die Stellung der deutschen Sozialisten und Sozialisten. Aus solchen Überlegungen könne man entnehmen, was praktisch eine deutsche nationale Regierungspolitik für Deutschland und insbesondere auch für Schlesien mit seiner starken Abhängigkeit von einer deutsch-polnischen Wirtschaftsverbindung ergeben würde. Die Notwendigkeit der Verbindung des deutschen nationalen Reichstags eintritts besteht aber nicht in der Verbindung des deutschen nationalen Reichstags eintritts mit der Koalitionswilligkeit auf alle Fälle. Wenn es auch richtig ist, daß die Politik der letzten Ministerregierung in ihrer Unentschiedenheit oft mit einem Fort-

## Der Mob hat das Wort.

Nach dem Attentat auf Mussolini.

Paris, 2. November. (Radiotelegramm.)

Im Zusammenhang mit dem neuesten Attentat gegen Mussolini wurde der Große Nationalrat zu seiner fünften außerordentlichen Sitzung einberufen. Er dürfte bestimmte Maßnahmen zur Verhütung weiterer Attentate auf Mussolini beschließen. Das heißt eine Verhängung des höchsten Gewaltverwehres herbeiführen. „Giornale d'Italia“ meldet hierzu, daß die Parteien in Ferrara großes Aufsehen einer Weisheit aller Personen, die das Leben Mussolinis bedrohen könnten, zusammenzutreten wollen. (1)

Alle Mitglieder der Familie des getöteten Attentäters auf Mussolini sind inzwischen verhaftet worden. (1) Der Vize selbst hat nach am Montag das von der Polizei durchgeführte Ordensband dem scheidenden Museum in Bologna gefahren. (1) Er drängte auf gleicher Zeit an die Führer der bürgerlichen Parteien: Nichts kann mit widerhalten, bevor ich nicht mein Ziel erreicht habe. (1) Die sachliche Politik in Rom, die sofort nach dem Attentat auf Mussolini mobilisiert wurde und in die Parteien berufen worden



Frage eines Verteiligers erwidert Buchrunder: Die Unterführer mußten sich selbst durchsetzen; denn nach dem 1899 war jede Stunde Arbeit, die sie verbrachten, Freiheitsberaubung.

— Vork: Sehr richtig!  
 — Reuge Buchrunder: Die Denkschrift des Reichswehrministeriums bildete den Mantel für die Arbeitskommandos, und wenn Vertreterinnen vorliefen, so gab dieser Mantel die Möglichkeit, harmlos die Leute aus dem Dienst zu entlassen, indem man erklärte: Es ist nicht richtig, daß die Leute nur ausgebildet worden sind, der Gezeigerdienst bildete nur einen Teil ihres Arbeitsdienstes. — Weisner Landgerichtsrat Salinger: Halten Sie es für möglich, daß die Leute den ordentlichen Berichten ohne besondere Schwierigkeiten übergeben werden könnten? Buchrunder: Jawohl. Einzelne Vertreterinnen konnten auf diese Weise harmlos unschädlich gemacht werden, große aber nicht. Eine große Zahl kleiner Vertreter würde natürlich gleichfalls verhängnisvoll geworden sein. — Justizrat Gahn: Kennen Sie Kommandos zur besonderen Verwendung? — Buchrunder: Das ist ja Wahnsinn. In unserer Organisation war dafür gar kein Platz. — Justizrat Gahn: Konnten sich die einzelnen Mannschaften als mobile Truppe fühlen? — Buchrunder: Ja, das muß ich unterstreichen. Für uns alle dauerte der Krieg noch weiter, er ging für uns erst im Herbst 1923 zu Ende. Wir fühlten uns als Truppe vor dem Feinde. Da fehlte einer einen, der überläßt und; dann, schiefte er ihn tot. (Große Bewegung im Saale.)

Damit war die Vernehmung Buchrunder beendet. Der Oberstaatsanwalt widersprach der Verurteilung des Reuge, auf Weisner's des Gerichts wurde er jedoch verurteilt.  
 Verschiedene Reuge, die noch vor der Mittagspause vernommen wurden, bestätigten im allgemeinen die Aussagen über die Verhandlungen des Grafen. In der Nachmittagssitzung wurde die Vernehmung mit der Vernehmung des Technikers Reusch fortgesetzt. Er hatte in der Voruntersuchung angegeben, daß in seiner Spandauer Wohnung allgemein davon gesprochen worden sei, Klapproth habe der Wardkommission zur Befreiung von Reuzen angeboten. Klapproth habe einmal in der Kantine gesagt, es sei ein Leichtes, einen Menschen durch zwei Schüsse in den Hinterkopf um die Ecke zu bringen. Dem Reuge selbst sei angeboten worden, wenn er nicht reinen Mund halte, werde es ihm sehr schlecht ergehen; das habe er nur so beuten können, daß er in solchem Falle befreit werde. Der Reuge Berg hat ein Gespräch zwischen Klapproth und Vogel angehört, in dem gesagt wurde, man habe es falsch gemacht; der Mann hätte anders verurteilt werden müssen, ein Wasserloch wäre besser gewesen. Ein anderer sagte ihm Vogel, es bestimme eine Frage, Wülfing und Klapproth seien dabei. Die Sache sei sehr einfach: Die Vertreter würden irgendwohin kommandiert und dann im Auto von hinten erschossen. Vork: Haben Sie da nicht weitere Fragen gestellt. — Reuge: Nein, das fiel mir nicht auf. Es entsprach ganz dem Aufbau der W. Dem Reuge Wolf (Berlin) sagte der Angeklagte Vogel: „Frage nicht, es war fürchterlich.“ Der Reuge will auch davon gehört haben, daß Vertreter mit dem Tode bestraft werden sollten. — Nachdem noch der Untersuchungsrichter vernommen worden war, verlas der Vorsitzende die Verhandlungen auf Dienstag 9 Uhr.

## Ankunft des englischen Botschafters in Berlin.

Ronald Lindsay und Frau bei ihrer Ankunft in Berlin.



## Wirtschaftskrise und Extremes. Eine Betrachtung zum sächsischen Wahlergebnis.

Der „Vorwärts“ stellt in seiner Montag-Abendausgabe folgende Betrachtung über das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen an:

Die anwachsende Massenarbeitslosigkeit hat einen Teil der sächsischen Arbeiterbevölkerung, die von jeher unter Armut und Arbeitslosigkeit am härtesten zu leiden hatte, in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung getrieben, indem sie die politischen Ansprüche und das lässliche Urteil verloren hat. Hier liegt die Ursache des kommunistischen Wahlerfolgs. Die Stimmen haben der Kommunisten in Sachsen sind geradezu ein Grabmal für die wirtschaftlichen Situation. Verfolgt man die Entwicklung der sozialdemokratischen Stimmen und der kommunistischen Stimmen vom 4. Mai 1924 über den 7. Dezember 1924 bis zur geistigen Landtagswahl, so ergibt sich das folgende Bild:

	31. Okt. 26	7. Dez. 24	4. Mai 24
SPD. und USP.	806 168	886 873	707 783
	— 80 205	— 88 985	— 80 205
KPD.	342 112	209 448	873 103
	— 47 664	— 30 991	

Der Vergleich zeigt, daß es den Kommunisten nicht gelungen ist, ihre Stimmenzahl vom 4. Mai 1924 wieder zu erreichen, die sie bei der Wahl zum Reichstagsparlament bei der Wahl zum Reichstagsparlament erreicht hatten. Gegenüber dieser Wahl haben die Kommunisten einen Stimmenverlust von rund 81 000 Stimmen. Die Sozialdemokratie einbüßte 80 205 Stimmen. Sozialdemokratische Stimmen wuchs von rund 68 000 Stimmen zu 707 783. Aber von dieser Verfestigung abgesehen zeigen die Wahlen am 4. Mai 1924 und 31. Oktober 1928 das gleiche Bild. Sie kennzeichnen die Wellenberge der Wirtschaftskrise, die Punkte tiefer wirtschaftlicher und damit auch sozialer und politischer Depression. Diese politische Depression wird sich in der Verfestigung der kommunistischen Erfolge, der Wahlerfolge der Aufkommenspartei und der Nationalsozialisten bei den Wahlen zeigen. Eine impolitische Stabilisierung der Massen hat sich vollzogen.

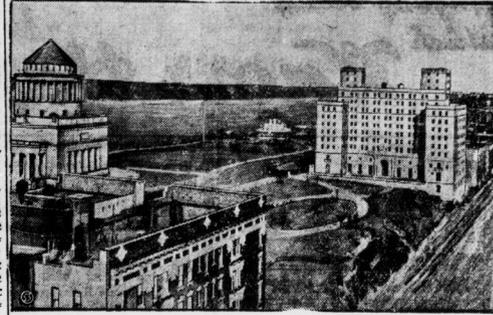
# Die Phantasie-Fähigkeit eines amerikanischen Professors.

Was ein amerikanischer Hygieniker für das 21. Jahrhundert prophezeit. „Zurück zu Methusalem!“ wird Wahrheit. / Schlafe unter der Bogenlampe!

Die normale Lebensdauer des Menschen wird im nächsten Jahrhundert mindestens die Grenze von hundert Jahren erreichen, im allgemeinen sogar noch darüber hinausgehen; ja, man kann sagen, daß dank der Erforschung der hygienischen Gesetze und ihrer praktischen Anwendung dem Leben des Menschen von morgen überhaupt keine Grenze gesetzt sein wird. So ließ sich neulich Professor Irving Fisher, der bekannte Ökonomist der Yale-Universität und Vorkler der Lebensversicherung, kürzlich vernehmen. Professor Fisher glaubt nämlich, daß im Jahre 2000 der Tod nur noch eine Unfallerscheinung sein wird. Das Leben wird nur dann erlöschen, wenn eine von den Millionen Zellen, aus denen sich der menschliche Körper zusammensetzt, einen Schaden erleidet, der schwer genug ist, um die ganze Maschine zum Stillstand zu bringen, ebenso wie eine Uhr stehen bleibt, wenn die Feder zerbrochen ist oder ein Staubkörnchen

## Familientragödie. Verzweiflungstaten eines Todesanbahnenden.

Im Nordosten Berlins ereignete sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag eine furchtbare Familientragödie. Ein 44jähriger Pfeifer, der sich infolge eines unheilbaren Lungenleidens mit Selbstmordgedanken trug und dabei gleichzeitig seine Familie aus dem Leben schaffen wollte, schlug nachts um 8 Uhr, als er von einem Arzt in die Klinik gebracht wurde, mit einem Rasiermesser auf seine 14jährige Tochter. Als die Frau erfuhr und ihm die Waffe entriß, holte er aus der Tasche ein großes Brotmesser und brachte dem Kind mehrere Stiche bei. Die Frau konnte vor den Verletzungen fliehen. Als Nachharn und Polizei in der Wohnung erschienen, hatte sich der Vater eine tödliche Herzverletzung zugebracht. Auch die Verletzungen der Tochter sind lebensgefährlich.



## Die Friedens-Universität

In Newport wurde kürzlich ein internationales Haus, das der Förderung des Friedens aller Völker dienen soll, eingeweiht. Der gemauerte Gebäudekomplex soll jährlich 1500 Studenten aus allen Ländern aufnehmen, allein 500 Studenten werden auch Wohnung in der Friedensuniversität finden. Unter Vize zeigt den neuen Friedenspalast in Newport.

## Ein russischer Legationssekretär als Kabardsmuggler.

Ein früherer russischer Legationssekretär, Pfeifer von Petersburg, der sich seit einiger Zeit als russische Pflichtling in Berlin aufhält, konnte von den Zollbehörden wegen umfangreichen Kaviarabkommens festgenommen werden. Der ehemalige Diplomat machte sich schon seit längerer Zeit durch seine häufigen Reisen ins Ausland verdächtig. Als die Zollbehörde gleichzeitige feststellte, daß größere Mengen unverschollten Kaviars nach Deutschland gelangt, wurde der Russe in seinem Berliner Hotel genau übernachtet. Dabei konnte festgestellt werden, daß Jersich von seinen Auslandsreisen in seinem Gepäck Kaviar nach Berlin brachte, jeweils 50 bis 60 Kilogramm. Auch das Kaviar aus, in dem er seine Ware lagerte, konnte ausfindig gemacht werden. Jersich leugnete der russische Baron. Als man ihn aber mit der Kaviar für seinen Kaviar mitteilte, legte er ein Geständnis ab. Im Rückblick wurden einige hundert Kaviar beschlagnahmt.

17köpfige deutsche Kolonistenfamilie. Mit dem Dampfer „Sierra Ventana“ reiste Dieter Tage eine aus 17 Köpfen bestehende deutsche Kolonistenfamilie nach Argentinien aus, um sich dort neu anzusetzen, nachdem sie eine Zeit mehr als 40 Jahren mit großem Erfolg betriebene Farm in Australien verlassen mußte. Es handelt sich um den 60 Jahre alten, aus Ribbeck bei Kiel stammenden Landwirt Joh. Pein, der Vater von 12 lebenden Söhnen und 6 Töchtern ist und jetzt mit seiner Frau und 16 Kindern wieder die Reise über den Ocean angetreten hat. Trotz des jahrelangen Aufenthaltes in Australien blüht der Vater im Verkehre mit den Gliedern seiner Familie die heimatische plattdeutsche Mundart.

Der Begründer des Kartoffelanbaus in Europa. Die Vereinigung für Geschichte der Welt, Natur- und Wissenschaften an der holländischen Universität Leiden feierte kürzlich den 400. Geburtstag des Naturforschers Carolus Linnaeus, der, wie Dr. Gungler (Münster) in seiner Rede ausführte, noch in Würzburg und Wittenberg an den Schülern von Philipp Melancthon abholte, dann nach langen Reisen durch Deutschland und die Schweiz sich 1561 in Montpelier der Medizin anwandte, 1562 in Paris an den Verdächtigungen der Huguenotten teilnahm und 1573 an den Inquisitionen Hof in Wien gelangte. Von Wien aus unternahm er mehrere Reisen nach England, ließ sich 1588 in Frankfurt a. M. und 1593 in Leiden nieder, wo er 1609 im hohen Alter von 83 Jahren starb. Er ist der erste große europäische Botaniker gewesen, hat zuerst die Gattung der Pilze beschrieben und er — und nicht Franz Drake — ist es gewesen, der den Anbau der Kartoffel in Europa einführte.

## Messerhelden in Berlin. Zwei Menschen geblutet.

In der Nacht vom Sonntag zum Montag spielten sich im Zentrum von Charlottenburg, am Wilhelmplatz, zwei blutige Dramen ab, bei denen das Messer eine verhängnisvolle Rolle spielte und zwei junge Männer ihr Leben einbüßten. In dem einen Fall scheint es sich um einen Raubmord zu handeln, im anderen Fall um eine Selbstmordtat, die sich nach einem Laugvergnügen um eine Frau entspann. Gegen vier Uhr morgens schleifte sich ein junger Mensch zu einer Autodivorte und bat den Chauffeur, ihn nach einer Rettungsstelle zu fahren, weil er überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt worden sei. Schon unterwegs verlor der Passagier die Besinnung und verlor schließlich das Bewußtsein in den Unterleib fest. Kurz nach einer Lieferung in das Krankenhaus starb der Schwerverletzte. Das andere Opfer einer unheilbaren Messerwunde wurde ebenfalls aus mehreren Stichwunden blutend aufgefunden. In das Krankenhaus verbracht, erlag auch dieser junge Mann sehr rasch den Folgen der Messerwunde.

Gegenüber der großen sozialen Ursache dieser Stabilisierung aber darf man den Wähl nicht vor den politischen Ursachen dieses Wahlergebnisses verfallen. Die realistischen Experimenten in Sachsen, die die Schwarze Reichsbewegung im Jahre 1923 angestellt hat, und die Nachwirkungen dieser Experimenten haben zu einer unheilvollen Zersplitterung in der sächsischen Sozialdemokratie, zu einer Zersplitterung der Extreme in der Arbeiterbewegung geführt. In diese Partei ist der Arbeiter, die in Sachsen begannen worden sind, gründlich nachdenken müssen. Es gilt aus den Fehlern zu lernen, um so mehr, als die Situation in Sachsen nach der Wahl noch schwieriger liegt als vor der Wahl.

Das Bild von dem Ergebnis der sächsischen Wahlen erfährt nach dem neulich verlaufenen amtlichen Ergebnis insofern eine Veränderung, als die Zentrumspartei kein Mandat erhält, während die Nationalsozialisten 2 Sitze entfallen.

## Vor den griechischen Neuwahlen. Eine Erklärung des Ministerpräsidenten.

Berlin, 2. November. (Radiomeldung.) Am kommenden Sonntag finden in Griechenland die Neuwahlen zum Parlament statt. Der gegenwärtige Ministerpräsident hat beschon am Montag einen Antrag auf die Auflösung der Kammer gestellt, der sich gegen die schlechteste Führung der Politik durch die früheren kaiserlichen Minister wendet und das Land warnt, auf die Forderungen der monarchistischen Parteien zu hören. Konstantin erklärt gleichzeitig, daß er jetzt nach der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses am 24. d. M. zurücktritt. In Griechenland die Neuwahlen einer einzigen Partei die unbeschränkte Mehrheit bringen würden. Im anderen Falle werde er bis zur Wahl des neuen Ministerpräsidenten ausbleiben, wenn dieser nachzuweisen vermöge, daß eine Partei in Zusammenhang mit dem anderen über die Mehrheit verfügt.

## Ein neuer Verfassungshüter.



Dr. Wahl (20.) wurde, wie bereits gemeldet, zum Leiter der verfassungstreuen Abteilung im preussischen Innenministerium ernannt.









